

Mitarbeiterinnen- Und Mitarbeiter-Magazin
des Gesamtpersonalrats für das Land und die Stadtgemeinde Bremen

Es ist wieder an der Zeit...



Foto: Walter Schumann

18.10.1984: Mehr als 10.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes füllen die Stadthalle bis auf den letzten Platz

...Gemeinsame Personalversammlung am 28. Juni 2005, Stadthalle

„Es brennt an allen Fronten“

Gastbeitrag von Hans Koschnick

Seite 10

weitere Themen siehe Seite 2

Spät dran sind wir diesmal,...

...aber das hat seinen guten Grund: Wir wollten möglichst die Senatsentscheidungen für den kommenden Haushalt mit in diese MUMM einarbeiten, um so im Vorfeld der gemeinsamen Personalversammlung(en) umfänglich zu informieren.

Wegen der Personalversammlung ist diesmal auch Edmund Mevissens Kommentar etwas nach hinten verrückt. An gleicher Stelle, aber wirklich verrückt stehen - wie gewohnt - die Ansichten des Standortältesten in MUMMpITZ.

Übrigens: MUMM ist diesmal wieder etwas dicker, 20 Seiten netto plus die Restcent-Beilage. Die haben wir lose beigefügt, damit an der Aktion Restcent interessierte Kolleginnen und Kollegen das Anmeldeformular verwenden können, ohne die MUMM zu zerfleddern. Sollte das Beiblatt nicht mehr dabei sein, bitte bei uns anfordern.

Viele Grüße und viel Spaß beim Lesen.

Eure **MUMM**macherInnen

Inhalt

Zum Thema

Aufruf zur gemeinsamen Personalversammlung	3
Edmund Mevissen: "Das Maß ist voll!"	4
Hände weg von der Mitbestimmung	5
Tarifvertrag für Alle!	6
Koalition im Kürzungsrausch	8
Hans Koschnick: „Es brennt an allen Fronten“	10
So nicht, Herr Scherf!	12

Aus-/Fortbildung

Was macht eigentlich Steffanie Ciecierski?	13
--	----

Das geht alle an

Hartz IV: Bisher keine Erfolgsstory	14
Reguläre Arbeitsverhältnisse in Gefahr	15

Vor Ort

Kompetent und bürgernah	16
Wo geht die Reise hin?	17

Gewerkschaftliches

ver.di: Tarifvertrag übernehmen	18
GdP: Und es bringt doch etwas!	18

Neue Technik

Sich regen bringt Segen	19
Aha, so geht das	19

Zu guter Letzt

MUMMpITZ: Bürgermeister hat Recht	20
---	----

Diese Ausgabe beinhaltet eine EXTRA-BEILAGE Restcent

MUMM

Herausgeber:

Gesamtpersonalrat für das Land und die Stadt-
gemeinde Bremen
Knochenhauerstr. 20/25, 28195 Bremen

Presserechtlich verantwortlich:

Edmund Mevissen,
Vorsitzender des Gesamtpersonalrats

Redaktionsteam:

Peter Garrelmann, Irmtrud Gläser, Elke Kosmal-
Vöge, Bernd Krause, Burkhard Winsemann und
Yasmina Wöbbekind

Telefon: 361-2215

Telefax: 496-2215

E-Mail: mumm@gpr.bremen.de

Druck: Druckerei Senator für Finanzen

Die nächste Ausgabe von **MUMM** erscheint
im Oktober 2005

Redaktionsschluss ist der 15. Sept. 2005

Es reicht mit der Politik auf unsere Kosten!

Alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes kommen:

**Gemeinsame Personalversammlung
Dienstag, 28. Juni 2005, 10.30 Uhr
Stadthalle Bremen**

**Eingeladen sind:
Frank Bsirske, Vorsitzender von ver.di
Bürgermeister Dr. Henning Scherf**

Die Politik der Großen Koalition in Bremen geht zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger und der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Für uns bedeutet das:

- ▶ Weniger Geld
- ▶ Drohung mit betriebsbedingten Kündigungen
- ▶ massiver Arbeitsplatzabbau und keine Neueinstellungen
- ▶ Verschlechterung unserer Arbeitsbedingungen bei steigenden Anforderungen
- ▶ Angriffe auf unsere Mitbestimmungsrechte.

Jetzt reicht's!

Die Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes behandeln uns seit Jahren nur noch als Kostenfaktor - damit muss Schluss sein!
Unsere guten öffentlichen Dienstleistungen sind unverzichtbar für ein lebenswertes Bremen - die gibt es nicht zum Nulltarif!

Nehmt alle teil!

Lasst uns gemeinsam deutlich machen:

Wir lassen uns nicht spalten!

Gute öffentliche Dienstleistungen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger haben ihren Preis!

Wir fordern angemessene Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen



unsere eindrucksvollen gemeinsamen Demonstrationen und Aktionen der letzten Monate haben gezeigt, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes „die Nase voll haben“.

Schlimm genug, was uns die Große Koalition in der Vergangenheit an Streichungen aufgebürdet hat. Unsere Proteste hatten viele Politiker schon zu der Einsicht gebracht, dass mehr den Beschäftigten nicht zuzumuten sei. Doch der Koalitionsausschuss treibt die Kürzungsmaßnahmen auf dem Rücken der Beschäftigten immer weiter. Das lassen wir nicht mit uns machen!

Man muss es immer wieder deutlich sagen: Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sind nicht Schuld an der Haushaltsmisere. Sinkende Einnahmen des Staates sind auch kein Naturgesetz oder ein Ergebnis von Angebot und Nachfrage am Markt! Die Verantwortung dafür tragen Politiker, die darüber entscheiden, dass weniger Steuern erhoben werden.

Alle pochen zu Recht darauf, dass die öffentlichen Dienstleistungen für ein soziales und lebenswertes Bremen notwendig sind. Dann muss man aber auch für eine angemessene Bezahlung und erträgliche Arbeitsbedingungen der Beamtinnen und Beamten, Angestellten, Arbeiterinnen und Arbeiter sorgen. Sie garantieren die guten Dienstleistungen!

Es geht nicht an, dass die Motivation der Beschäftigten immer weiter missbraucht wird, um Stellenstreichungen durchzusetzen. Es geht nicht an, dass die bremische Notlage isoliert betrachtet wird, um Sonderopfer von uns zu erpressen. Es geht nicht an, dass Mitbestimmungsrechte einkassiert werden, weil man die Auseinandersetzung um den richtigen Weg scheut. Und es ist unverfroren, wenn Henning Scherf mit dem Gedanken spielt, die Beschäftigten gefügig zu machen, indem er sie gegen die Bürgerinnen und Bürger ausspielt*.

Das Maß ist voll! Wir werden mit einer großen, gemeinsamen Personalversammlung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes am 28. Juni in der Stadthalle Bremen erneut ein deutliches Zeichen setzen. Wir erwarten von der Regierung, dass sie endlich die Weichen stellt für eine Politik, die die sozialstaatlichen Aktivitäten finanzierbar macht zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger unter Berücksichtigung der berechtigten Interessen der Beschäftigten. Wir erwarten von unserem obersten Dienstherrn Wertschätzung unserer Arbeit, wie es in jedem privatwirtschaftlichen Betrieb eine Selbstverständlichkeit ist.

Mit kollegialen Grüßen



*) so von Henning Scherf geäußert auf der Personalrätekonferenz am 9. März 2005

Hände weg von der Mitbestimmung

Artikel 47 Bremische Landesverfassung verpflichtet

Die Koalition will an die Mitbestimmungsrechte. Während der Verhandlungen des Koalitionsausschusses kreisten Papiere, wonach die Mitbestimmung bei Umorganisationsmaßnahmen gegen Null reduziert, ein umfassendes Letztentscheidungsrecht des Senats behauptet und die Mitbestimmungsverfahren nur noch formal abgewickelt werden sollten.

Freistellungen sollen verringert werden

Die Freistellungsregelungen für Personalräte sollen an Niedersachsen (ab 300 Beschäftigte) angepasst werden, obwohl das Betriebsverfassungsgesetz gerade die Freistellungsgrenze auf 200 Beschäftigte (wie bislang in Bremen) reduzierte. Die rechnerische Einsparung würde vielleicht 300.000 Euro ausmachen. Doch müssten die betroffenen Personalräte ihre Aufgaben dann unter Inanspruchnahme von Arbeitszeit zulasten ihrer übrigen dienstlichen Aufgaben erledigen, so dass die bremischen Haushalte nicht wirklich entlastet würden.

Vor allem aber ist das Ansinnen wegen der im Zusammenhang mit der Kürzungspolitik entstehenden Problemlagen kontraproduktiv. Werden die Vorstellungen über die künftige Handhabung des Bremischen Personalvertretungsgesetzes Wirklichkeit, dann ist das Gesetz nur noch ein armseliges Feigenblatt, nicht groß genug, um den Umgang mit dem Personal nach Gutsherrenart zu vertuschen.

Gleichberechtigte und umfassende Mitbestimmung nützt allen

Aus Sicht mancher Arbeitgebervertreter stören die Interessenvertretungen nur. Dabei hat sich die Mitbestimmung gerade in Krisenzeiten bewährt. Personalräte in allen Bereichen haben durch ihr Wirken in Entscheidungssituationen und in der Projektarbeit immer wieder dazu beigetragen,



Rund 15.000 Unterschriften der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gegen die Änderung des Bremischen Personalvertretungsgesetzes wurden am 11. Februar 1994 anlässlich der Podiumsdiskussion mit anschließender Anhörung der Personalräte dem Nichtständigen Ausschuss „Reform des öffentlichen Dienstes“ übergeben

sachgerechte Lösungen zu erreichen, die sowohl den Beschäftigten als auch der Dienststelle zugute kommen. Auch ist die Behauptung, Personalräte würden Entscheidungen verzögern, schlicht falsch. Eine vom Gesamtpersonalrat erstellte Analyse der seit Januar 2004 eingereichten Einigungsstellenverfahren belegt das Gegenteil: In manchen Fällen hat die Arbeitgeberseite durch längeres Zuwarten bis zur Anrufung der Einigungsstelle die Verfahren verlängert. Und die Tatsache, dass seit Anfang 2004 nur 11 Einigungsverfahren eingeleitet wurden, zeigt bei 88 Dienststellen mit ca. 28.000 Beschäftigten, dass Personalräte mit der Mitbestimmung sehr verantwortungsbewusst umgehen und vor Ort die Probleme lösen.

Entschlossener Wille zur Verteidigung

Der Vorstand des Gesamtpersonalrats hat seine Möglichkeiten genutzt, um politisch Einfluss zu nehmen. So konnte erreicht werden, dass sich Teile der Regierungskoalition für den Erhalt

der Mitbestimmung stark machen (u. a. der SPD-Landesparteitag und der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Jens Böhrnsen).

Das Thema ist nicht abgeschlossen. Es wird entscheidend darauf ankommen, dass die Kolleginnen und Kollegen für ihre Mitbestimmungsrechte eintreten. Dazu wird der Gesamtpersonalrat gemeinsam mit den anderen Interessenvertretungen und den Gewerkschaften Initiativen ergreifen.

Peter Garrelmann

Tarifvertrag für Alle!

Ungleichbehandlung schafft Unfrieden

Die Verwirrung ist groß: Der neue Tarifvertrag öffentlicher Dienst (TVöD) gilt beim Bund und bei den Kommunen. Bei den Ländern gilt er nicht. In Bremen findet er nur dort Anwendung, wo bisher das Tarifrecht der ArbeiterInnen galt. Bei den übrigen Beschäftigten gibt es eine chaotische Situation: Für die „alten“ Angestellten gilt der BAT wie bisher mit 38,5 Stundenwoche und Weihnachts- und Urlaubsgeld. Die „Neuen“ bekommen je nach Einstellungsdatum gar keine oder verringerte Sonderzahlungen, dafür „dürfen“ sie aber 40 Stunden in der Woche arbeiten. Und auch die BeamtInnen haben die 40 Stundenwoche und sollen künftig nur noch bis zur Besoldungsgruppe A8 ein kleines Weihnachtsgeld von 420 Euro bekommen.

Die Ziele der Arbeitgeberseite sind klar! Unsere aber anders: Wir wollen angemessene und einheitliche Bezahlung und Arbeitsbedingungen für alle. Deshalb ist der TVöD so wichtig: Er schafft die Unterscheidung zwischen Angestellten und ArbeiterInnen ab. Das sorgt für Frieden im Betrieb. Die Behauptung der Arbeitgeberseite, der neue Tarifvertrag würde den Kostenrahmen sprengen, ist schlicht falsch, denn das Tarifergebnis ist mehr als moderat. Es geht darum, das Bezahlungs- und Arbeitszeitchaos zu beenden. Der TVöD muss auch für den Angestelltenbereich im Lande Bremen gelten, und die Ergebnisse müssen inhaltsgleich auf die BeamtInnen übertragen werden. Gleichbehandlung ist gefragt, nicht Spaltung. Nachstehende Beispiele zeigen, wie sich das gegenwärtige Chaos auswirkt.

Peter Garrelmann 

Hans-Georg Niemann (53) ist Polizeioberkommissar im Polizeirevier Findorff:

„Wir Beamtinnen und Beamten werden schon seit Jahren von der Tarifentwicklung abgekoppelt. Zuerst die Erhöhung der Arbeitszeit, dann die Kürzung und demnächst die fast vollständige Streichung der Sonderzahlungen. Und dazu soll noch die Altersgrenze im Vollzugsdienst auf 65 Jahre erhöht werden. So kann es nicht weitergehen! Wir wollen keine Beschäftigten zweiter Klasse sein, deren Arbeitsbedingungen und Bezahlung nach Gutsherrenart verordnet werden. Der TVöD muss auch Maßstab für die Besoldung sein.“



Nadia Makhali (29) ist Referendarin an der Integrierten Stadteilschule Am Leibnizplatz:

„Bei den Lehrkräften sollen die Neueingestellten in Zukunft schlechter bezahlt werden. Für die Primarstufe und die Sekundarstufe I ist die Absenkung der Eingangsbesoldung von der Besoldungsstufe A 13 auf A 12 geplant. Einen entsprechenden Gesetzentwurf hat der Senat beschlossen, dieser soll demnächst in der Bremischen Bürgerschaft verabschiedet werden. Auch ich werde von dieser Regelung betroffen sein, wenn ich in Bremen eine Stelle bekomme.“



Auszubildende in der Ausbildungsgesellschaft Bremen mbH:

„Ich gehöre zu den 185 Auszubildenden, die zum 1.9.2005 nicht mehr im öffentlichen Dienst sondern bei der Ausbildungsgesellschaft Bremen eingestellt werden. Ich bekomme eine wesentlich geringere Ausbildungsvergütung, schaue bei Weihnachts- und Urlaubsgeld zu und darf dafür aber länger arbeiten. Eine betriebliche Vertretung durch einen Betriebsrat habe ich nicht. Ob es noch soweit kommt, dass die Lehrlinge ihr Lehrgeld mitbringen müssen?“



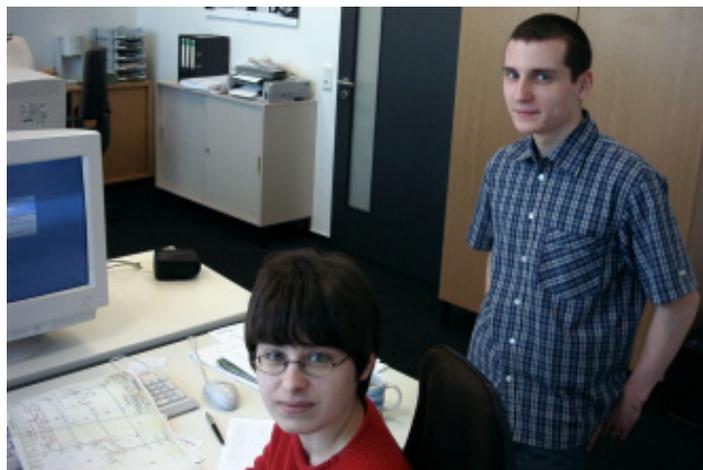
Sonja Buchwald (24) ist Erzieherin im Horthaus Friedrich-Klippert-Straße:

„Z. Zt. bin ich bis zum 31.7.2005 befristet mit 22,75 Stunden pro Woche eingestellt. Ob es in 2005 wieder einen Anschlussvertrag für mich gibt, ist nicht sicher. Letztes Jahr kam der rettende Anruf für die befristete Weiterbeschäftigung erst im letzten Moment. Mein Nettoeinkommen liegt bei ca. 780 Euro; wegen der Senatsentscheidung vom Oktober 2004 habe ich nur noch ein halbes Weihnachtsgeld und gar kein Urlaubsgeld mehr. Im November wurde mir zwar das volle Weihnachtsgeld gezahlt, zwei Wochen später kam aber die Mitteilung, dass ein Teil davon wieder abgezogen wird. Außerdem wirkt sich die beschlossene

Arbeitszeiterhöhung auf 40 Wochenstunden bei Teilzeitkräften auch auf das Gehalt aus: Die Bezüge werden anteilmäßig gekürzt. Insgesamt bedeutet dieses eine Reduzierung meines Einkommens um ca. 9 %, das sind im Monat ca. 70 Euro weniger. Ich bin Erzieherin geworden, weil mir die Arbeit mit Kindern sehr viel Spaß macht. Aber es ist kein Hobby, es ist mein Beruf und ich muss von meinem Verdienst leben. Ich wünsche mir ein unbefristetes Arbeitsverhältnis und dass der Tarifvertrag für alle übernommen wird, damit wieder jeder für gleiche Arbeit auch gleiches Geld erhält.

Nina Leier (20) und Sigmar Hesse (20) sind VermessungstechnikerIn bei GeoInformation Bremen:

„Wir haben eine dreijährige Ausbildung zum/zur VermessungstechnikerIn im Herbst 2004 beendet. Hier bei GeoInformation Bremen sind wir zur Zeit mit der Herstellung der Automatisierten Liegenschaftskarte (ALK) beschäftigt. Wir sind zwar nach der Ausbildung übernommen worden, haben aber nur einen befristeten Arbeitsvertrag erhalten, der 2007 ausläuft. Wir hoffen, dass wir im Anschluss eine unbefristete Anstellung hier bei GeoInformation bekommen werden. Zur Zeit sind wir außerdem zu schlechteren Bedingungen als unsere anderen KollegInnen beschäftigt: 40 Stundenwoche, kein Urlaubsgeld und erheblich reduziertes Weihnachtsgeld. Wie geht es in der Zukunft weiter? Weiterbeschäftigung, Studium oder Arbeitslosigkeit?“



Koalition im Kürzungsrausch

BürgerInnen und Beschäftigte als Verlierer

Unter Federführung desselben Finanzsenators, der am 26. Mai 2004 noch erklärt hatte, dass „weiteres überdurchschnittliches Sparen (...) die Funktionsfähigkeit Bremens als Stadtstaat und damit als Großstadt gefährden“ würde, werden nun Streichorgien vorbereitet, die alles Bisherige in den Schatten stellen.

Seit Ende Januar ist offiziell, was ohnehin schon alle wussten: Der „Kanzlerbrief“ ist fast nichts wert. Eine tragende Säule der bisherigen bremischen Haushalts- und Finanzplanung ist zerbröselte. Eingeplant waren mehr als 500 Mio. Euro jährlich über einen nicht genau definierten Zeitraum, herausgekommen sind nun einmalige Bundeshilfen für bestimmte Investitionsvorhaben, die rund 200 Mio. Euro ausmachen sollen.

Damit sieht sich nun auch der Senat genötigt, das ohnehin unrealistische Ziel eines verfassungskonformen Haushalts für 2005 aufzugeben.

Neues Zauberwort: Ausgeglichener Primärsaldo

Das neue Zauberwort der bremischen Haushaltspolitik heißt „aus-

geglicher Primärsaldo“. Dieser soll bis 2009 erreicht werden. Was heißt ausgeglichener Primärsaldo? Die Einnahmen decken die Ausgaben - bis auf die Zinsen. Da der Schuldenberg aber weiter wächst, erreichen die Zinszahlungen nach aktuellen Planungen 2009 über 700 Mio. Euro, 19% der Ausgaben des bremischen Haushalts (2004: 12%).

Unter Federführung von Finanzsenator Nußbaum haben sich Senat und Koalitionsparteien mit großem Tendrang daran gemacht, neue Kürzungen und Streichungen zu ersinnen, mit denen das Ziel erreicht werden soll. Unter Federführung desselben Finanzsenators, der am 26. Mai 2004 noch erklärt hatte, dass „weiteres überdurchschnittliches Sparen (...) die Funktionsfähigkeit Bremens als Stadt-

Koalitionsbeschlüsse I: Kürzungen im Personalbereich

Der größte Teil der Einsparungen im Personalbereich soll wie schon bisher mit der Fortschreibung des Personalabbaus und mit Eingriffen in die Bezahlung der Beschäftigten erreicht werden.

- Beim Personalabbau wird die Strategie insofern modifiziert, dass die jährlich zu erbringenden Kürzungsquoten (PEP-Quoten) von bisher 2,5% auf 1,7% (2006) bzw. 1,3% ab 2007 reduziert werden, dafür aber grundsätzlich für alle gültig sind. Bisher waren wichtige Bereiche (z.B.: Schulen, Polizei, KTH, Feuerwehr), die mehr als die Hälfte des Kernpersonalhaushalts ausmachen, vom PEP ausgenommen.
- Darüber hinaus sollen vermeintliche Personalüberhänge, die mit ca. 100 Vollzeitäquivalenten angegeben werden, abgebaut werden. U.a. in der Bildungsbehörde und bei der Polizei sind besondere Kürzungsmaßnahmen geplant.
- Mit einem konzernweiten Arbeits-

markt sollen darüber hinaus auch in den ausgegliederten Bereichen Neueinstellungen vermieden werden.

- Die Personalräte sollen durch eine Änderung der Freistellungsregelungen herangezogen werden. Finanziell ist das nahezu bedeutungslos - im Vordergrund stehen ideologische Motive und die Abstrafung für eine engagierte Arbeit für die Interessen der KollegInnen und Kollegen, die von der Arbeitgeberseite naturgemäß auch mal als störend empfunden wird.
- Entstehende personelle Lücken will man offenbar zur Not auch mit Langzeitarbeitslosen in 1-Euro-Jobs füllen, so z.B. in den Schulen.
- Bei der Bezahlung hält der Senat weiterhin an seiner Absicht fest, mit einem so genannten „Solidarpakt“ 17 Mio. Euro einzusparen. Nachdem bisher immer davon die Rede war, dies durch längerfristige Nullrunden zu erreichen, könnte der Senat diesen Punkt durch einen Beitritt zum TVöD weitgehend erledigen.

- Das Weihnachtsgeld für die BeamtInnen will der Senat fast völlig streichen. Übrig bleiben soll nur noch ein fester Betrag von 420 Euro für die BeamtInnen bis zur Besoldungsgruppe A 8. Neueingestellte sollen auch dieses Restweihnachtsgeld erst nach drei Jahren erhalten.

- Aufgrund der im September 2004 beschlossenen personalwirtschaftlichen Rahmensetzungen („Plan B“) gilt dies entsprechend auch für Angestellte, deren Verträge nach der Kündigung des Tarifvertrags über die Zuwendungen geändert wurden. Seither Neueingestellte gehen ohnehin leer aus.
- Auch bei den ArbeitnehmerInnen will der Senat weiterhin die Sonderzahlungen absenken. Nicht ganz klar ist nach den Beschlüssen, ob das derzeit für die BeamtInnen geltende oder das ab 2006 angestrebte Niveau (s.o.) erreicht werden soll.

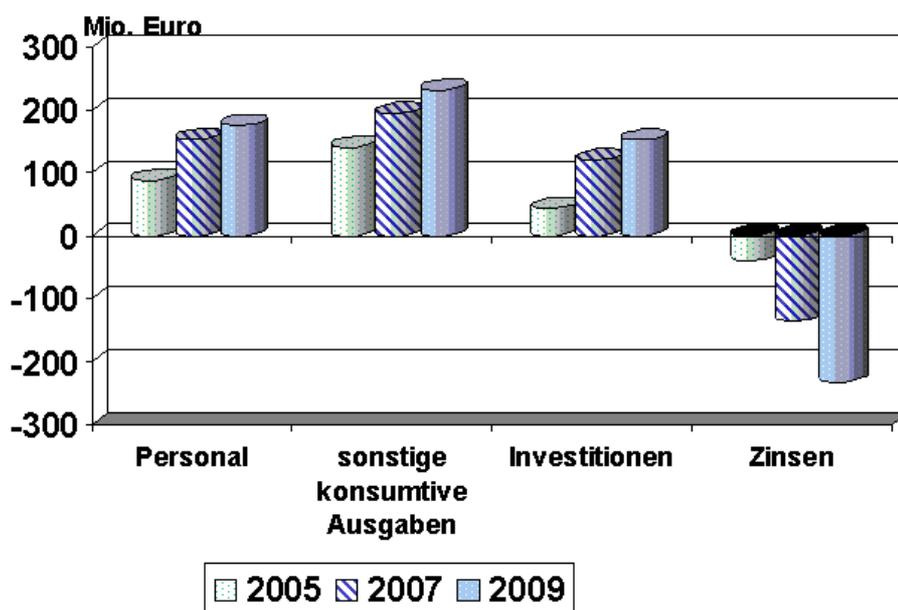
staat und damit als Großstadt gefährden“ würde, werden nun Streichorgien vorbereitet, die alles Bisherige in den Schatten stellen.

Beschäftigte im Visier

Noch weit stärker als bei der Haushaltsaufstellung für 2004/05 haben sie dabei die Beschäftigten ins Visier genommen. Bis 2009 sollen im Personalhaushalt nochmals 139 Mio. Euro gekürzt werden, durch weiteren Personalabbau und noch drastischere Einschnitte bei der Bezahlung (Einzelheiten siehe Kasten). Gegenüber 2003 beliefen sich die Kürzungen dann auf fast ein Sechstel des Personalhaushalts.

Bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben werden zwar nominell nicht mehr so dramatische Sparbeiträge gefordert wie in den Doppelhaushalten 2004 und 2005. Der erste Blick täuscht allerdings darüber hinweg, dass dabei als Ausgangsniveau die Haushalts Eckwerte des Jahres 2005 zugrunde gelegt werden. Da die aber wie schon 2004 verfehlt werden, wird ein Nachtragshaushalt notwendig. Faktisch werden deshalb die sonstigen konsumtiven Ausgaben im Durchschnitt um über 2% pro Jahr sinken müssen, möglicherweise sogar um über 3%, wenn sich die vermuteten Haushaltsentlastungen durch Hartz IV nicht einstellen. Zum Vergleich: 2004 sind die sonstigen konsumtiven Ausgaben gegenüber 2003 noch deutlich gestiegen. Die umfangreichen Kürzungen haben nicht einmal ausgereicht, um zwingende Mehrausgaben in einzelnen kosten trächtigen Bereichen aufzufangen. Auch für die Zukunft gibt es keine Anzeichen, dass dieser Trend gebrochen werden könnte. Bei vielen der jetzt beschlossenen bzw. anvisierten Maßnahmen wird zudem eine Einsparwirkung nur behauptet, ohne dass es nähere konzeptionelle Überlegungen gäbe, die dies untermauerten.

Finanzplanung bis 2009: Kürzungen nach Ausgabenarten



Bremen hat ein Einnahmeproblem

Ohne deutlich verbesserte Steuereinnahmen wird Bremen bei der Haushaltssanierung keinen Millimeter vorankommen. Die jetzige Finanzplanung ist ein erneuter Versuch der Koalition, die Haushaltslage schönzufärben und sich darum herumzudrücken, für mehr Steuereinnahmen insgesamt und deren gerechtere Verteilung einzutreten. Stattdessen wird ein Luftschloss namens „ausgeglichener Primärsaldo“ aufgebaut, mit dem BürgerInnen und Beschäftigte genötigt werden sollen, ihre berechtigten Ansprüche an hochwertige öffentliche Dienste und an eine angemessene Bezahlung dafür zurückzustellen.

Burkhard Winsemann

Es brennt an allen Fronten

Rückfall in vordemokratische Zeiten verhindern



Dunkle Wolken überschatten in diesem Frühjahr die notwendige Aufgabenerfüllung des öffentlichen Dienstes in Bremen. Weil die zur Haushaltssicherung erhofften Mittel des Bundes ausbleiben, sind Senat und Bürgerschaft gehalten, die bisherigen ausgabewirksamen Planungen und Vorhaben zu reduzieren. Das bedeutet so oder so nicht unbeträchtliche Streichungen und Kürzungen auf allen Gebieten der Daseinsvorsorge. Zudem sind gravierende Veränderungen in der Aufgabenstellung der Verwaltungen zu erwarten, diese führen zugleich zur Reduzierung von Personalmitteln. Personalkosten haben nämlich die unangenehme Eigenschaft, langfristig öffentliche Mittel zu binden, die dann nicht mehr zur Finanzierung geplanter Maßnahmen zur Verfügung stehen. Es kommt deshalb zwangsläufig zu permanenten Auseinandersetzungen um die Aufteilung von Sach- und Personalmitteln und die hier sich anbahnenden Konflikte sind nicht schlicht finanzieller Natur, sie werden von den gesellschaftspolitischen Bewusstseinslagen der jeweils Handelnden mitbestimmt.

Sozialverantwortliches Bremen ist Grundlage der Selbstständigkeit

Es brennt somit an allen Fronten. Da geht es z. B. um die Sicherung und den Ausbau des Schul- und Ausbildungswesens, aber auch um die Bereitschaft weiterer Finanzierung von wirtschaftsstärkenden Infrastrukturmaßnahmen, gerade als Impulsgeber für neue Arbeitsplätze, die bei der großen Arbeitslosigkeit unbestreitbar von gesellschaftspolitischem Gewicht sind; von Gewicht nicht nur für die Arbeitssuchenden, sondern auch für die langfristige Verbesserung der Einnahmenseite der öffentlichen Hand. Gleichzeitig kann sich die bremische Politik nicht der Aufgabe entziehen, der auf soziale Absicherung angewiesenen Bevölkerungs-

teile diese zu ermöglichen. Und das ist und bleibt keine nachrangige Aufgabe, will man sich nicht von der gemeinsam nach 1945 unter mühseligen Anstrengungen erreichten Standortqualität für alle Bürger und Bürgerinnen verabschieden. Ein sozialverantwortliches Bremen war nämlich kein parteipolitisches Schlagwort, sondern Ausdruck einer Gemeinschaft begründenden Bewusstseins, das Grundlage aktiver Verteidigung bremischer Selbstständigkeit wurde.

Dieses vorangeschickt macht deutlich, vor welchen gewichtigen Fragen und möglichst sachgerechten Antworten Senat und Bürgerschaft stehen, wollen sie einen überzeugenden Beitrag zum Besten Bremens als föderaler Bundesstaat leisten. Dabei genügt es nicht über die Ursachen der Verschlechterung der Einnahmenseite der öffentlichen Hand zu klagen oder auf Erhofftes für die Zukunft zu spekulieren, es muss gehandelt werden. Doch nur ein Wüten mit dem „Rotstift“ auf der Ausgabenseite würde einer notwendigen Standortsicherung nicht gerecht - die gesamte Problematik gehört auf den Prüfstand. Und das verlangt neben konventionellen Überlegungen auch den Mut, nach neuen Wegen Ausschau zu halten. Heutige und morgige Aufgaben müssen auf Nachhaltigkeit überprüft werden, abzuwägen wäre ihre Bedeutung für eine Substanzsicherung bremischer Selbstständigkeit. Dass dabei auch Auftrag und Umfang des Personals des öffentlichen Dienstes mit in diesen Prüfungsvorgang einbezogen werden, ist selbstverständlich, nicht selbstverständlich wäre aber die Absicht, Veränderungen ohne vorherige zukunftsorientierte Aufgabenzuordnung durchzusetzen (dabei könnte auch mitabgewogen werden, ob eine weitere oder bereits vollzogene Privatisierung öffentlicher Aufgaben tatsächlich zur Bewahrung oder Verbesserung der

Nur ein Wüten mit dem „Rotstift“ auf der Ausgabenseite würde einer notwendigen Standortsicherung nicht gerecht - die gesamte Problematik gehört auf den Prüfstand. Und das verlangt neben konventionellen Überlegungen auch den Mut, nach neuen Wegen Ausschau zu halten.

Daseinsvorsorge oder der Daseinsfürsorge geeignet wäre). Schnellschüsse lassen manch problematische Ergebnisse befürchten.

Nun kann ohne Kenntnis von konkreten Beschlüssen der parlamentarischen Gremien zu den bisher diskutierten Sparvorschlägen des Koalitionsausschusses nichts Konstruktives gesagt werden außer, dass Stellenabbau, Arbeitszeitveränderungen oder Kürzungen von Lohn- und Gehaltsbestandteilen allein weder die bremische Finanznot beseitigen, noch die Motivation der im öffentlichen Dienst Beschäftigten stärken wird. Und das in einer Zeit, wo wir auf die Mithilfe der Bediensteten ganz besonders angewiesen sind. Sorgen wegen eines drohenden Absinkens des Lebensinkommens oder gar Angst wegen eines möglichen Arbeitsplatzverlustes führen gewiss nicht zu einem notwendigen Mittun bei der Lösung der vor uns liegenden Probleme.

Gemeinsame Suche nach Perspektiven notwendig

Der vorhandenen allgemeinen Verunsicherung kann m. E. doch am ehesten in einem bewussten Angebot zur gemeinsamen Suche nach Perspektiven für die Zukunft entgegengewirkt werden. Wobei ein solches Angebot nicht Ausdruck von Schwäche, sondern von erfahrungsgesättigter Vernunft ist. Ohne Alternativvorschläge werden Verweigern, Aufbegehren oder Demonstrieren bei anerkannten Einsparnotwendigkeiten nicht zu Lösungen führen. Allerdings ist keine Politik überzeugend, die nur fordert: „Augen zu und durch“. Deshalb mein Plädoyer für verantwortbare Gemeinsamkeit. Eine solche würde auch dem wachsenden Misstrauen gegenüber nicht verstandener Politik entgegenwirken. Wenn aber in einer solchen Situation am Beispiel eines versuchten Zurückdrängens von verfas-

sungsmäßig begründeten Mitbestimmungsrechten im öffentlichen Dienst augenscheinlich Mitwirkung und Mitverantwortung als Belastung angesehen sein sollte, dann ist mein Eintreten für mehr Gemeinsamkeit gewiss anachronistisch. Gleichwohl, ich bleibe dabei, denn ich halte nichts von Gemeinsamkeiten nur bei Sonnenschein, sie müssen sich bewähren, wenn es blitzt und donnert.

Und so wage ich, die an der Veränderung des Bremischen Personalvertretungsgesetzes Arbeitenden darauf hinzuweisen, dass die in Bremen nach 1945 gefundene Prämisse eines staatlichen Handelns mittels einer Koalition von Arbeitnehmerschaft und Unternehmensleitern immer noch Grundlage für gegenseitige Mitverantwortung in der Gestaltung bremischer Anliegen ist. Dieses Grundanliegen eines Miteinanders hatte einen speziellen Niederschlag in der Volksabstimmung über Artikel 47 unserer Landesverfassung gefunden. Diese Landesverfassung und der genannte Artikel 47 verpflichtet uns alle. Deshalb ist die Mitwirkung und die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst nicht eine Frage tagtäglicher neuer Beliebigkeit, sondern geschütztes Verfassungsrecht. Mitunter hat man allerdings zur Zeit das Gefühl, dass ein solches Prinzip nicht mit dem notwendigen Ernst betrachtet wird, obwohl man ansonsten bei eigenen Verfassungsrechten sehr bewusst auf sorgfältige Einhaltung pocht.

Progressiven Kräften in der Bremischen Bürgerschaft kann ich deshalb nur zurufen: Wehret den Anfängen und verhindert den Rückfall in vordemokratische Zeiten.

Hans Koschnick 

Die in Bremen nach 1945 gefundene Prämisse eines staatlichen Handelns mittels einer Koalition von Arbeitnehmerschaft und Unternehmensleitern ist immer noch Grundlage für gegenseitige Mitverantwortung in der Gestaltung bremischer Anliegen.

Dieses Grundanliegen eines Miteinanders hatte einen speziellen Niederschlag in der Volksabstimmung über Artikel 47 unserer Landesverfassung gefunden.

So nicht, Herr Scherf!

Empörung über Geringschätzung der Beschäftigten



Henning Scherf spielt mit dem Gedanken, durch Prügel für den öffentlichen Dienst bei den Bürgerinnen und Bürgern punkten zu können

Der Saal im DGB-Haus war gerammelt voll: Weit mehr als 230 Personalräte, Frauenbeauftragte und Schwerbehindertenvertrauensleute sowie Betriebsräte aus Eigengesellschaften kamen am 9. März zur Personalrätekonferenz zusammen.

Die meisten hatten schon vorher eine Menge Wut im Bauch, nachdem der Koalitionsausschuss u.a. weitere drastische Einschnitte im Personalbereich beschlossen hatte.

Und der Auftritt des Präsidenten des Senats, Bürgermeister Dr. Henning Scherf, war nicht dazu angetan, sie zu besänftigen. Scherf beließ es nicht dabei, die Koalitionsbeschlüsse zu verteidigen. Auf den Versuch, die ungerechtfertigten Beschlüsse sachlich zu begründen, verzichtete er gleich ganz. Stattdessen übte er sich in Drohgebärden und zitierte den Berliner Bürgermeister, der behauptet hatte, mit Prügel für den öffentlichen Dienst könne man politisch immer Punkte sammeln.

Das Echo lautete unisono: „So nicht, Herr Scherf!“ RednerInnen aus allen Bereichen des öffentlichen Sektors waren empört über die Geringschätzung, die der Präsident des Senats den Kolleginnen und Kollegen mit solchen Hinweisen entgegenbringt. Überall wurden in den letzten 20 Jahren massiv Stellen abgebaut - der Bremer Senat rühmt sich bekanntlich, Deutscher Meister im Senken der öffentlichen Personalausgaben zu sein. Und das ausgedünnte Personal hält den Betrieb dabei noch auf qualitativ hohem Niveau aufrecht. Wenn aber zum Dank dafür die Einkommen nach Belieben des Senats gekürzt werden und es obendrein noch Tritte vors Schienbein gibt, dann läuft das Fass über.

Das haben die Beschäftigten auch auf der Demonstration am 14. März zum Ausdruck gebracht. Der Marktplatz war so voll wie schon lange nicht mehr, Straßenbahnen kamen nicht mehr durch. Weit mehr als 5000 Kolleginnen



Wolfgang Klamand fand Scherfs Äußerungen unfair gegenüber den KollegInnen und mehr als peinlich für einen obersten Dienstherrn

und Kollegen aus allen Bereichen des bremischen öffentlichen Dienstes brachten ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, nicht alles zu schlucken, was der Senat ihnen aufzischen will. Das hat zwar nicht gleich dazu geführt, dass der Koalitionsausschuss seine Be-



Wiltrud Sosna wies auf die knappe Personalausstattung der KiTas und die drastischen Einkommens Kürzungen durch „Plan B“ hin

schlüsse reihenweise gekippt hätte, aber wahrgenommen wurde der massenhafte Protest doch.

So hat sich der SPD-Landesparteitag am 16. März nicht nur vor das Personalvertretungsgesetz gestellt (siehe auch Artikel S. 5), sondern auch eine Übernahme des Tarifabschlusses für den gesamten bremischen öffentlichen Dienst zum Ziel erklärt.

Burkhard Winsemann



Lars Hartwig: „Die Bürgerinnen und Bürger in Bremen warten schon jetzt im Vergleich zu anderen Großstädten am längsten auf die Feuerwehr“

Was macht eigentlich Steffanie Ciecierski?

Eine Auszubildende geht ihren Weg

Am 1. August 2002 wurde Steffanie Ciecierski als Auszubildende Fachangestellte für Bürokommunikation in den öffentlichen Dienst eingestellt (MUMM berichtete in der Ausgabe 2/2002). Nun steht sie kurz vor ihrer schriftlichen und mündlichen Prüfung, die im Mai/Juni 2005 stattfinden. Die schriftlichen Prüfungsfächer stehen schon fest.

In der mündlichen Prüfung, die seit wenigen Jahren praktische Prüfung heißt, muss sie zeigen, dass sie ein Gespräch mit „BürgerInnen“ führen kann, in dem ein Problem behandelt wird. Hier soll Steffanie zeigen, dass sie auch die berufliche Handlungskompetenz erworben hat.

Praxis und Theorie halten sich die Waage

Während der Ausbildung lernte Steffanie in den verschiedensten Dienststellen mit ihren entsprechenden Aufgabenbereichen die Praxis kennen, so z. B. Vorzimmer Tätigkeiten beim Senator für Gesundheit, Personalsachbearbeitung beim Aus- und Fortbildungszentrum aber auch Prüfungszulassungen bei der Universität. In den Dienststellen wurden ihr die notwendigen Kenntnisse und Fertigkeiten einer Fachangestellten für Bürokommunikation beigebracht, die für das Erreichen des Ausbildungszieles notwendig sind; Steffanie ist immer 3 Monate in die Dienststelle zur Ausbildung zugewiesen gewesen und wurde danach ca. 3 Monate in der Verwaltungsschule theoretisch fit gemacht. Unterrichtsfächer waren z. B. Allgemeines Verwaltungsrecht, Bürowirtschaft, Politik aber auch Sport, was ja bekanntlich der Gesundheit dient.

Zur Halbzeit eine Zwischenprüfung

Eine Zwischenprüfung während der Ausbildung ist auch vorgeschrieben. Diese hat Steffanie im Februar 2004 erfolgreich absolviert.

Anfang April stellte sich dann für Steffanie - natürlich auch für ihre Kolleginnen und Kollegen ihres Ausbildungsjahrganges - die bange Frage einer Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis. Vom Senator für Finanzen wurde zu dieser Zeit geprüft, ob die Auszubildenden sich während der Ausbildung bewährt haben, so dass eine Übernahme nach Beendigung der Ausbildung möglich ist. Ende April kam dann für Steffanie die erlösende Nachricht, dass sie bei erfolgreicher Prüfung eine unbefristete Stelle erhält. Sie muss zwar hinnehmen, kein Urlaubsgeld und weniger Weihnachtsgeld zu bekommen und mit mehr Wochenstundenanzahl zu arbeiten, aber auch sie hofft, dass der Tarifvertrag öffentlicher Dienst bald für alle gilt.

Elke Kosmal-Vöge



Endspurt im April 2005: Steffanie Ciecierski bereitet sich in der Verwaltungsschule intensiv auf die schriftlichen und mündlichen Prüfungen vor, um ihre Ausbildung zur Fachangestellten für Bürokommunikation gut abzuschließen

HARTZ IV: Bisher keine Erfolgsstory Frust bei allen Beteiligten



Am 27. April 2005 trafen sich in einer Teilpersonalversammlung die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die vom AfSD zur BAGIS überstellt wurden, um über die erheblichen Probleme zu diskutieren

Am 1.1.2005 ist das neue Sozialgesetzbuch II (SGB II) in Kraft getreten. Seitdem wird für alle erwerbsfähigen Personen die zusammengefasste Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe (ALG II) auch organisatorisch „aus einer Hand“ gezahlt. Dies wird verbunden mit einer intensiven und umfassenden Betreuung der LeistungsempfängerInnen, was zu neuen Arbeitsverhältnissen und zur Verringerung

der Arbeitslosigkeit führen soll.

Abgesehen von der inhaltlichen Bewertung stellt sich die Frage, wie in Bremen die organisatorische und praktische Umsetzung dieses „Reformwerkes“ bisher gelungen ist. Wie andere Kommunen hat Bremen eine „Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales“ (BAGIS) als organisatorisches Konstrukt gewählt, in das -trotz formalrechtlicher Bedenken- in aller Eile Beschäftigte der Bundesagentur für Arbeit (BA) und der Sozialhilfeabteilung des Amtes für Soziale Dienste (AfSD) entsandt wurden. Das gerade erst neuorganisierte AfSD wurde damit erneut zur Baustelle; aus 12 wurden 6 Sozialzentren.

Kompetenzen unklar

Entscheidungskompetenzen und Mitbestimmungsfragen sowie die Rechtsstellung der über 200 Beschäftigten dieser „Dienststelle“ sind trotz eindeutiger Absichtserklärungen der Arbeitgeberseite unklar. Deshalb schloss der Personalrat des AfSD mit Unterstützung durch den Gesamtpersonalrat eine Vereinbarung mit dem Senator für Arbeit über die Bildung der BAGIS ab, die zumindest die Schutzinteressen der Kolleginnen und Kollegen absichert und einvernehmliche Ziele im Zusammenhang mit der Bildung dieser Organisationseinheit verabredet.

Dass Hilfen für die Leistungsem-

pfängerInnen seit dem 1.1. ausgezahlt werden können, ist dem großen Engagement der Kolleginnen und Kollegen in der BAGIS zu verdanken, die durch Überstunden und Wochenendarbeit vor dem Jahreswechsel die notwendigen Umstellungsarbeiten realisiert haben, obwohl die von der Bundesagentur für Arbeit eingesetzte Technologie bis heute nur bedingt genutzt werden kann und auch genügend andere Anlässe für Ärger sorgten (z.B. „Solidarpakt“, „Plan B“).

Der gegenwärtige Stand der BAGIS ist ernüchternd, und zwar sowohl für die MitarbeiterInnen als auch für die Adressaten ihrer Arbeit.

Hohe Fallzahlen verhindern intensive Beratung

Aufgrund der Fallzahlen können die Beratungsleistungen („Fördern“) kaum stattfinden. Vorbereitungszeiten, Warteschlangen, lange Bearbeitungszeiten und damit verbundene Rückstände, fehlende Schulungen etc. führen sowohl bei den Beschäftigten als auch bei den LeistungsempfängerInnen zu erheblichem Frust und zu inakzeptablen Verhältnissen zwischen BürgerInnen und Verwaltung. Auch die erforderliche Integration von Teilen der Kommunalverwaltung und der Verwaltung der BA (zentralistisch geführt) erscheint kaum durchführbar, weil hier nach Berichten der KollegInnen offenbar „verschiedene Welten“ aufeinanderstoßen. Es ist zweifelhaft, ob es sich hierbei um „Übergangsprobleme“ handelt; die bisherigen Erfahrungen zeigen eher die Folgen einer mit heißer Nadel gestrickten Organisationsstruktur auf. Das darf nicht zulasten der KollegInnen gehen.

Es muss im Interesse der Kommune und der BA liegen, dass die Organisationsentwicklung, die Technologie sowie die Rahmen- und Arbeitsbedingungen für die Kolleginnen und Kollegen auf gesicherte Füße gestellt werden.

Burckhard Radtke

Reguläre Arbeitsverhältnisse in Gefahr

Eine Vereinbarung muss her!

Ein vom Gesamtpersonalrat initiiertes Arbeitskreis von Interessenvertretungen des öffentlichen Bereichs hat einen Entwurf für eine Vereinbarung vorgelegt, mit der Rahmenbedingungen und gemeinsame Handlungsgrundlagen für die Einrichtung so genannter „Arbeitsgelegenheiten“ (1-Euro-Jobs) festgelegt werden sollen. Diese Vereinbarung ist erforderlich, weil die Hartz IV-Gesetzgebung eine Vielzahl von Problemen nach sich zieht. Ziel ist u. a., den gesetzlichen Intentionen (z. B. Rückkehr in den 1. Arbeitsmarkt) Rechnung zu tragen. Außerdem soll Missbrauch, z. B. Mitnahmeeffekte, die zur Streichung bestehender Arbeitsplätze führen können, verhindert werden. Auch die Absicherung der 1-Euro-Arbeitskräfte und die Klärung der Mitbestimmungsverfahren soll hierüber erfolgen.

Kaum Schutzregelungen

EmpfängerInnen von Leistungen des Arbeitslosengeldes II haben kaum die Möglichkeit, 1-Euro-Arbeitsgelegenheiten ohne erhebliche finanzielle Einbußen abzulehnen. Gleichzeitig werden sie trotz der Tätigkeit aber zu keinem Zeitpunkt ein finanziell eigenständiges und von behördlicher Kontrolle unabhängiges Leben führen können. Da die Arbeitsgelegenheiten auf der Grundlage des § 16 (3) SGB II und nicht durch eine arbeitsvertragliche Vereinbarung zustande kommen, bestehen kaum Schutzregelungen, wie wir sie aus dem Arbeitsrecht kennen. Darüber hinaus fehlt es an einer beruflichen Perspektive.

Drehtüreffekt droht

Für den öffentlichen Bereich besteht – gerade vor dem Hintergrund der durch Wohlfahrtsverbände, der Politik und den Arbeitgeberverbänden gemachten öffentlichen Äußerungen – die Gefahr der weiteren Vernichtung von regulären Beschäftigungsverhältnissen mit dramatischen Folgen für das Sys-

tem der Sozialversicherung. Die 1-Euro-Arbeitsgelegenheiten bedeuten eine große Gefahr für qualifizierte Dienstleistungsarbeit, die dringend erforderlich ist (z. B. Soziales, Gesundheit, Bildung, Stadtgrün). Werden nicht entsprechend qualifizierte 1-Euro-Kräfte eingesetzt leidet die Dienstleistungsqualität. Werden jedoch qualifizierte 1-Euro-Kräfte eingesetzt, entsteht ein „Drehtüreffekt“: Qualifizierte Arbeitskräfte werden entlassen und dann durch 1-Euro-Arbeitskräfte ersetzt. Der Druck auf die Arbeitsbedingungen der vertraglich beschäftigten MitarbeiterInnen steigt und die Attraktivität für qualifizierten Nachwuchs sinkt.

Im Arbeitskreis des Gesamtpersonalrats wurde die Notwendigkeit deutlich, Rahmenbedingungen für die Schaffung von 1-Euro-Arbeitsgelegenheiten im öffentlichen Bereich zu vereinbaren, die die bestehenden gesetzlichen Vorgaben präzisieren. Zu unterschiedlich und teilweise rechtlich bedenklich sind die Herangehensweisen von Dienststellenleitungen.

Regelung über den öffentlichen Dienst hinaus

Dabei strebt der Gesamtpersonalrat eine Regelung an, die über den öffentlichen Dienst hinaus greift und gerade bei Konkurrenzen zwischen Einrichtungen von Wohlfahrtsverbänden und öffentlichen Einrichtungen gemeinsame Grundlagen schafft. Hierzu gab es einen ersten Gedankenaustausch mit den Verantwortlichen. Es wurde vereinbart, die Diskussion auf der Grundlage ausgetauschter Papiere fortzusetzen.

Burckhard Radtke



Kompetent und bürgernah Zukunft des Bauamtes Bremen-Nord trotzdem fraglich

Durch die Sonderstellung von Bremen-Nord im Stadtverbund Bremens wurde im dortigen Zentrum nach dem Krieg das Bauamt Bremen-Nord gegründet. Heute sind hier 220 KollegInnen für unsere BürgerInnen in den Bereichen Stadtplanung, Bauordnung, Gartenbau, Straßenbau und Stadtreinigung tätig. Sie sind die Anlaufstelle und Ansprechpartner vor Ort, wenn es um Bebauungspläne, Bauanträge, Straßenbau und Stadtreinigung, Grünflächen, Parks, Sportflächen und Friedhöfe geht. Das Haus bietet Kompetenz und Sachverstand aus einer Hand.

Im vergangenen Jahr hat Bausenator Jens Eckhoff während einer Koalitionsrunde die Auflösung des Amtes „aus dem Ärmel gezogen“, angeblich, um Geld zu sparen. Gewerkschaft und Personalrat haben daraufhin mit entsprechenden Aktionen Politik und Öffentlichkeit mobilisiert und auf die Problemlage aufmerksam gemacht. Nach einer Zerschlagung des Bauamtes Bremen-Nord würden BürgerInnen keine Information und Beratung mehr vor Ort bekommen, längere Wege und mehr Zeitaufwand wären die Folge. Auch könnten regionalpolitisch wichtige Entscheidungen nicht mehr hier in Bremen-Nord getroffen werden, so z.B. die Verteilung der Gelder für Kindergärten, Spielplätze, Schulen, Straßen sowie Grün- und Erholungsflächen. Zusätzlich wären sicherlich hohe Geschäftsführer-Gehälter nötig, und die Entscheidungswege durch zwischengeschaltete Institutionen würden erheblich länger.

Das Echo, das wir als Personalrat in der Öffentlichkeit erfahren haben, hat uns sehr darin bestärkt, gegen eine Auflösung des Bauamtes Bremen-Nord zu kämpfen. Zur Umsetzung der Auflösung wurden in großen Umfang Steue-

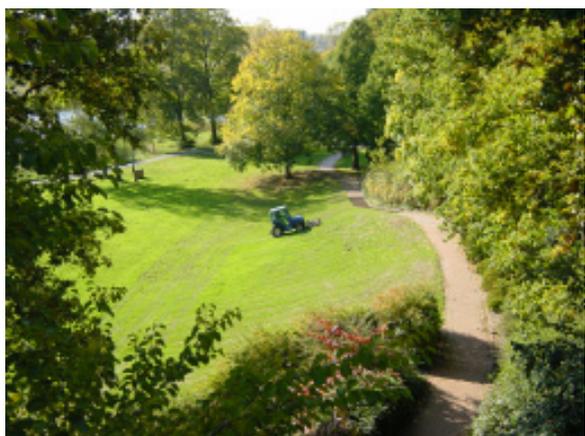
rungs-, Lenkungs- und Arbeitsgruppen eingesetzt, die eine intensive Prüfung aller Aufgabenbereiche vorgenommen haben. Das jetzt vorliegende Arbeitsergebnis lautet: Keine Auflösung, sondern „nur“ die „Zerschlagung“ des Bauamtes Bremen-Nord. Diese könnte aber mittelfristig auf die vollständige Auflösung zielen.

Projektergebnisse spielen keine Rolle

Überhaupt nicht deutlich wird, was durch die Umorganisation erreicht werden soll. Alle genannten Probleme, wie z. B. Doppelarbeit, erhöhter Schnittstellenaufwand, Kostenintensität sind im Verlauf des Projektes widerlegt worden. Wir befürchten, dass die von der Arbeitgeberseite verfolgte Linie mittelfristig darauf abzielt, unsere gewerblichen ArbeitnehmerInnen in verschiedene Organisationen zu konzentrieren, um sie dann möglicherweise zu privatisieren.

Personalrat und Dienststellenleitung haben selbst ein Modell entwickelt, das diverse Einsparmöglichkeiten aufzeigt und deutlich macht, dass selbstverständlich auch eine Straffung der Organisation und Einsparungen vorgenommen werden können und sollen. Dieses von uns vorgeschlagene Modell fand aber bisher überhaupt kein Echo beim verantwortlichen Senator und seinem Hause. Wir wehren uns gegen alle Maßnahmen, die eine Umorganisation zum Schein bedeuten, nur um etwas bewegt zu haben. Deswegen haben wir mit unseren Aktionen alle aufgefordert, konstruktiv an einem zukunftsfähigen Modell mitzuarbeiten und keine Machtkämpfe auf dem Rücken unserer Beschäftigten auszutragen.

*Personalrat
Bauamt Bremen-Nord* ■■■



Zu den Aufgaben der Gartenbauabteilung des Bauamtes gehören u. a. auch Mäharbeiten im Knoops Park. Insgesamt müssen 650 ha Grünflächen und rd. 10.000 Straßenbäume gepflegt werden

Wo geht die Reise hin? Erneute Umorganisationen im Bildungsbereich

Die Behörde des Bildungsensors plant wieder einmal Umstrukturierungen. Betroffen sind davon die Schulen, das Landesinstitut für Schule (LIS) und die senatorische Behörde selbst.

Schon in den vergangenen Jahren, zuletzt 2004, sind sie von Beratungsfirmen untersucht worden, deren Empfehlungen teilweise umgesetzt wurden und noch werden sollen. PISA muss ja für vieles herhalten, so auch in diesem Fall.

Durch eine massive Ausweitung der „Autonomie von Schule“ sollen die Schulen selbst für die Bereiche Haushaltsführung und Personal zuständig sein (Wer ist da wohl qualifiziert?). Für die senatorische Behörde bedeutet dies die Verlagerung von Aufgaben in die Schulen sowie in die Bildungsinfrastruktur GmbH. Außerdem gilt für die Verwaltung eine bereits vom Senat beschlossene Personaleinsparung von 15% bis zum Jahr 2009.

Für die Aufgaben des LIS wurde eine teilweise Privatisierung, Rückführung in die Behörde sowie interne strukturelle Änderungen empfohlen, die bereits in der Umsetzungsplanung sind.

Bildungsinfrastruktur GmbH: Nichts Genaues weiß man nicht

In der letzten Ausgabe hatten wir über die Absicht des Senats und der Bürgerschaft berichtet, eine Bildungsinfrastruktur GmbH zu gründen. Sie ist inzwischen gegründet, im Haushaltsjahr 2004 sind schon die ersten 20 Mio. Euro ausgegeben, nur die berechneten Einnahmen von 8 Mio. Euro sind noch nicht in Sicht. Aber auch da gibt es Lösungen, im Haushalt für 2006 könnte der Effizienzgewinn doch einfach auf 12 Mio. Euro erhöht werden. Zur Erinnerung: Im Bildungshaushalt fehlen pro Jahr 20 oder 32 Mio. Euro (genau weiß man das nicht), die über die in einer GmbH mögliche Kreditaufnahme beschafft werden sollen.

Bis heute gibt es noch keine klare



Viele Gleise, viele Wege, nur wo ist das Ziel?

Aufgabenstellung und keine Entscheidung über das aus der Behörde wechselnde Personal und seine benötigte Qualifikation. Der neue Geschäftsführer, der am 1.6.2005 seine Arbeit beginnt, hat somit die Möglichkeit, sich „sein“ Personal passgenau auszusuchen. Gleichwohl ist der Personalrat nicht untätig geblieben - eine Rahmenvereinbarung für den Wechsel ist entwickelt worden und könnte bald abgeschlossen werden, wenn die konkreten Strukturen klar sind.

Ob all dies allerdings zu einer Verbesserung der Haushaltssituation führt? Man darf es bezweifeln und vermuten, dass es sich mal wieder um einen großen Verschiebebahnhof mit womöglich vielen toten Gleisen handelt.

Irmtrud Gläser 
Yasmina Wöbbekind 



Tarifvertrag übernehmen



Anja Felstehausen (31) ist seit November 2004 Gewerkschaftssekretärin für den Bereich Gemeinden bei ver.di

Am 9.2.2005 hat ver.di mit dem Bund und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeber einen neuen Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) unterzeichnet. Die Länder hatten sich aus diesen Tarifverhandlungen durch die Kündigung der Tarifverträge zu Arbeitszeit, Urlaubs- und Weihnachtsgeld verabschiedet.

Der neue Tarifvertrag sieht eine einheitliche Entgelttabelle für ArbeiterInnen und Angestellte vor. Das bedeutet, ab Inkrafttreten des Tarifvertrages im Oktober 2005 gibt es keine Unterscheidung mehr zwischen ArbeiterInnen und Angestellten. Bisher extra ausgewiesene Orts- und Sozialzuschläge sind in die neue Tabelle eingearbeitet. Dies macht die Entgeltzahlung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst übersichtlicher und einfacher. Wichtig war ver.di bei den Tarifverhandlungen: Niemand soll bei der Überleitung in die neue Entgelttabelle weniger erhalten. Dies haben wir erreicht.

Zudem konnte ver.di Einmalzahlungen

für die Beschäftigten aushandeln. Sie erhalten bis einschließlich 2007 jährlich eine Einmalzahlung in Höhe von 300 Euro. Im April 2005 kommt es zur ersten Teilauszahlung von 100 Euro. Weihnachts- und Urlaubsgeld konnten trotz der gegenläufigen Entwicklung in anderen Tarifbereichen bis 2007 erhalten werden. Ab 2007 gibt es eine Jahressonderzahlung, die sozial gestaffelt ist.

Mit unseren Streikaktionen am 19.01. und 14.03.2005 haben wir eindrucksvoll gezeigt, dass wir einen einheitlichen Tarifvertrag für alle Beschäftigten wollen, mit gerechten und abgesicherten Arbeitsbedingungen. Für BeamtInnen müssen diese Regelungen übernommen werden.

Gegen Ungerechtigkeit und Spaltung unter den Beschäftigten, wie durch den „Plan B“, werden wir uns weiter wehren - auch mit weiteren Streiks, nachdem die Verhandlungen mit den Ländern gescheitert sind. *Anja Felstehausen*

Und es bringt doch etwas!



Wie oft habe ich schon gehört: „Das bringt doch alles nichts. Die machen doch was sie wollen. Was kann ich denn schon tun?“

Als die Sparvorschläge von Finanzsenator Nußbaum am 25.2. an die Öffentlichkeit gelangten, war das eine Kampfansage an alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Wieder einmal sollte der öffentliche Dienst für eine verfehlte Finanzpolitik herhalten und auf dem Rücken der Beschäftigten die maroden Haushalte saniert werden.

Doch während Senator Nußbaum sich auf die Darstellung seiner Vorschläge beschränkte, machte Bürgermeister Henning Scherf Front gegen alle Bediensteten. Bereits im Dezember verkün-

dete er nach Gutsherrenart, dass Landesbeamte durchaus weniger verdienen könnten, weil die Lebenshaltungskosten in Bremen vergleichsweise niedriger lägen. Nun verstieg er sich zu der Ankündigung, den öffentlichen Dienst bei den Bürgerinnen und Bürgern schlecht machen zu wollen.

Doch mit der Methode „Haltet den Dieb!“ wird es Scherf diesmal nicht gelingen, von seiner Verantwortung abzulenken. Sofort nach der Veröffentlichung des Nußbaum-Papiers kamen die Spitzen von GEW, Ver.di und GdP zusammen und einigten sich zügig auf eine Gesamtstrategie. Ziel ist es, den Bürgerinnen und Bürgern die Augen darüber zu öffnen, welche brutale Reduzierung von öffentlichen Dienstleistungen der Senat plant und was es bedeutet, weitere Stellen zu streichen, die Lebensarbeitszeit

zu erhöhen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch endlose Gehaltskürzungen zu demotivieren.

Unsere Protestaktionen waren ermutigend: Die Kolleginnen und Kollegen trafen beim Verteilen von Flugblättern, bei ihren Warnstreiks und Demonstrationen auf breites Verständnis. Es ist Bürgermeister Scherf bislang noch nicht gelungen, dieses Klima zu vergiften.

Dies und ein beginnendes Umdenken in Sachen neues Tarifrecht sowie die Zurücknahme einzelner Beschlüsse ist uns allen gelungen. Ich hoffe, damit haben wir auch den noch zaudernden Kolleginnen und Kollegen gezeigt, dass wir gemeinsam etwas tun können und „die“ eben doch nicht machen können, was sie wollen.

Horst Göbel

Sich regen bringt Segen

Richtiges Sitzen beugt vor

Verspannungen im Nacken, Kopfschmerzen, Rückenprobleme - wer kennt das nicht nach einem langen Tag im Büro?

Wie lange sitzen Sie am Tag?

Dauerhaftes Sitzen in der sog. Rundrückenhaltung bedeutet eine übermäßige Belastung der Bandscheiben, Muskeln und Bänder. Durch die zusammengesackte Sitzhaltung erschläft die Rumpfmuskulatur. Zurückgebildete Muskeln können ihre natürliche Stützfunktion für die Wirbelsäule nicht mehr erfüllen. Rückenschmerzen und Bandscheibenerkrankungen sind häufig die Folge. Darüber hinaus werden bei dieser Sitzhaltung die Verdauungsorgane und die Atmung behindert.



Wie können Sie das Sitzen verbessern?

Aufrechtes und dynamisches Sitzen reduziert die Belastungen auf Ihre Wirbelsäule erheblich. Verändern Sie häufiger Ihre Sitzhaltung und entlasten Sie den Oberkörper durch Aufstützen z.B. auf dem Tisch. Zusätzlich sollten Sie die Arbeitsmöbel auf Ihre individuellen Bedürfnisse anpassen: Ihre Unterarme sollten eine waagerechte Linie zur Tastatur beschreiben. Die Stuhlhöhe sollte so eingestellt werden, dass sich im Knie zwischen Ober- und Unterschenkel ein Winkel von 90° oder etwas mehr bildet. Dies verhindert ein Abklemmen der Gefäße im Bein. Falls Ihre Füße nicht ganzflächig auf dem Boden stehen, sollten Sie Fußstützen einsetzen.

Gymnastik im Büro

Ein Großteil der menschlichen Muskulatur wird beim Sitzen nicht beansprucht. Andere Teile der Muskulatur werden hingegen ständig belastet z.B. die Schulter-Nacken-Muskulatur.

Legen Sie mehrmals am Tag kleine Bewegungspausen ein und versuchen Sie, ein paar Übungen in Ihren regelmäßigen Büroablauf einzubauen. So können Sie Herz und Kreislauf anregen, verspannte Muskeln entspannen und nicht benutzte Muskeln aktivieren.

Doris Hülsmeier



Anregungen erhalten Sie bei Ihrer Krankenkasse und beim Arbeitsmedizinischen Dienst der Freien Hansestadt Bremen, Telefon 361-6743 oder 361-6744.

Die Arbeitnehmerkammer Bremen und das Institut Arbeit und Wirtschaft der Universität Bremen haben ein computergestütztes Angebot für gesundheitsgerechte Bildschirmarbeit mit Informationen und Übungen für den Arbeitsplatz entwickelt. Adresse im Internet:

<http://www.ergo-time.de>

AHA, so geht das!

Heute: Nr. der Kalenderwoche in Outlook anzeigen

Häufig benötigt man die Nummer der Kalenderwoche (KW 1 - 52), die im Monatskalender in Outlook aber standardmäßig nicht zu sehen ist. So werden die Nummern angezeigt: Im Menü EXTRAS - OPTIONEN die Registerkarte EINSTELLUNGEN auswählen und auf KALENDEROPTIONEN klicken; im angezeigten Dialogfeld

das Kontrollkästchen „Wochennummern im Datumsnavigator anzeigen“ (ab outlook 2000) bzw. „Wochennummern im Datumswechsler anzeigen“ (outlook 98) anhaken und die Einstellungen mit OK bestätigen.

In der Monatskalenderübersicht erscheinen anschließend die Kalenderwochennummern.

Elke Kosmal-Vöge

MUMMPITZ

Bürgermeister hat Recht

Standortältester übernimmt seine Verteidigung

Der Pressebericht über die Äußerung des Bürgermeisters, dass Einkommenskürzungen bei den Beamtinnen und Beamten wegen der geringen Lebenshaltungskosten in Bremen vertretbar sind, hat dem Standortältesten keine Empörung entlockt: „Euer Unmut ist ungerrecht“, wirbt er für den klugen Bürgermeister.

„Bei den Verlautbarungen des Bürgermeisters war wohl nicht nur Bremen gemeint, da ging es um einen Vergleich mit der Lebenshaltung in Klein-Bademeusel in der Niederlausitz an der polnischen Grenze. Da kannst du schnell mal über die Grenze huschen, den Tank voll machen und was zu Qualmen holen. Bei uns geht das genau so, denn das Gute liegt näher als man denkt. Wir sind ja nicht nur Welt- sondern auch Hafenstadt. Zum Greifen nah liegt der Fels in der Brandung: Helgoland - das Einkaufsparadies. Goldgelbe Markenbutter, geistige Getränke in Hülle und Fülle, Glimmstengel und Duftwässerchen. Nicht zu vergessen das verführerische Naschwerk. Alles billig. Da hat der gute Mann doch Recht, wenn er von niedriger Lebenshaltung spricht.“

Dann verweist der Standortälteste auf den regen Fährverkehr zum roten Felsen: „Wie viele schicken ihre Oma los, um die wöchentliche Ration zu holen und hoffen inständig, dass sie noch lange transportfähig ist. Allerdings kann man nur wirklich rüstige Leute auf den Dampfer setzen, wenn Benzin in Kanistern übergeholt wird, weil das

mit dem Einbooten wegen der Schaukelei beim Übersetzen dann viel Kraft erfordert.“

Weil die Kollegen außer sich sind, legt er nach: „Stellt euch vor, ihr wohnt in Oberhammelwarden oder gar in Westtrittrum. Kein „lidle Aldi“ weit und breit, kein „Mediasaturn“ - nur Ackerkrume und Buschwerk, und im Unterholz raschelt die scheue Feldmaus. Da verführst du schon mal 3 Liter Spirit, wenn du nur zum Krämer willst. Und die Preise in dem Laden, da schwinden die Mäuse im Beutel. Wenn du nur ein Pfund Zucker vergessen hast, dann liegst du wieder ‚on the road‘.“

Auf die Frage, wie lange er solchen Blödsinn noch verkünden will, reagiert der Standortälteste trotzig: „Ich weiß, wovon ich rede, ich hab' da mal übernachtet. Da sind wir durch die Nacht geirrt, um wenigstens eine offene Kneipe zu finden. Zu allem Elend bin ich auf dem Rückweg - es war noch stockfinster - auf einem der unzähligen Kuhfladen ausgerutscht. Ich kann euch sagen, wegen der unbefestigten Wege hast du Reinigungskosten und einen Schuhverschleiß ohne Ende, da tränen dir die Augen. Auch das sind Lebenshaltungskosten, die uns in Bremen erspart bleiben.“ Und dann mit dem Gesichtsausdruck des Wisenden: „So. Nun müsste doch eigentlich auch dem Letzten endlich klar sein, dass der Bürgermeister Recht hat - wie immer.“

Peter Garrelmann



Quelle: verdi-news